

# Sozial-ökologischer Umbau – Demokratisierung der Wirtschaft

Präsentation für Attac-Veranstaltung am 16.01.13 in  
Wesel



# 1. Hintergründe

# Hintergründe 1

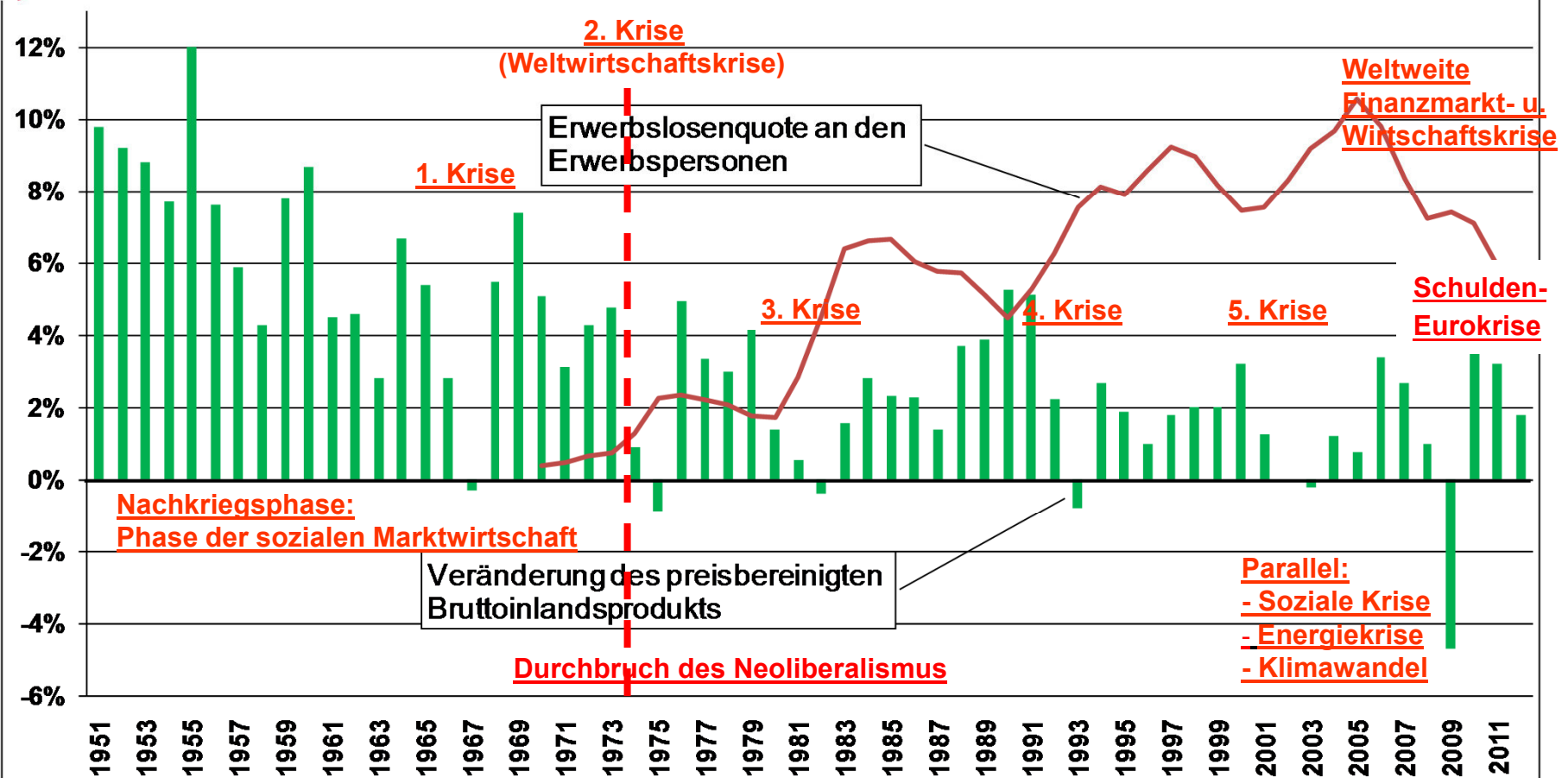
- Ökologische Wachstumsgrenzen
- Klimawandel - absehbare Klimakatastrophe
- Zunehmende globale Ausbeutung von Mensch und Natur
- Zunehmende gesellschaftszerstörende soziale Entwicklungen : Massenarbeitslosigkeit, Zunahme des privaten Reichtums weniger und zugleich der öffentlichen und privaten Armut, prekäre Arbeit, Armut - Ausgrenzung, Aushöhlung/ Zerstörung des Sozialstaates.....
- Zunehmende ökologische, wirtschaftliche, soziale Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Marktwirtschaft

# Zunehmende Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Marktwirtschaft

ver.di

Reales Wirtschaftswachstum und Erwerbslosenquoten in der BR Deutschland

ver.di Bundesvorstand  
Bereich Wirtschaftspolitik



Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, 2011 und 2012: Prognose DIW, Juli 2011

## Hintergründe 2

- Macht- und Herrschaftsverhältnisse in der kapitalistischen Marktwirtschaft: Produktionsapparat in den Händen der Kapitalbesitzer/ Manager - branchenspezifisch zunehmend konzernbestimmt und finanzmarktgetrieben (Shareholder-Value)
- Höchstmöglicher Profit als Wirtschaftsziel
- Profitbestimmte (Weltmarkt-)Konkurrenz als Rahmen (eher verniedlichend Globalisierung genannt)
- Zwang zur Kapitalverwertung – profitgetriebener Wachstumszwang
- Zunehmende Krisenhaftigkeit als sich aufschaukelnde Folgen der neoliberal entfesselten und finanzmarktgetriebenen Unternehmens- und Bankenstrategien
- Beeinflussung/Steuerung der Politik durch massive Lobbyarbeit, direkte Mitformulierung von Gesetzen, Korruption und Einsatz wirtschaftlicher Macht

# Gesamtwirtschaftliche/-gesellschaftliche Tendenzen der kapitalistischen Marktwirtschaft



**2.**

**Sozial-ökologischer-Umbau:  
Ziele, mögliche Grundsätze, Fragen**

# Was meint sozial-ökologischer Umbau - Ziele

- Gesellschaftlich notwendige/sinnvolle Produkte und Dienstleistungen
- Ökologische und nachhaltige Produktions- und Lebensweise
- Nur erneuerbare Energien als Energiequelle
- Soziale Arbeits- und Lebensbedingungen, angemessene/verteilungsgerechte Einkommen, kreative Arbeit, soziale Arbeitszeitgestaltung
- Vollbeschäftigung
- Verwirklichung der sozialen Menschenrechte für alle (Gesundheit, Bildung, Kultur, Wohnen, Nahrung, Zugang zu Wasser und Energie, Information, soziale Sicherung)
- Verwirklichung der Gleichstellung der Geschlechter, MigrantInnen, Homosexuellen, Behinderten
- Gleichwertige Arbeits-, Lebensbedingungen und -chancen in den Regionen
- Umbau von den Branchen und Regionen her entwickeln



**These:**

**Ein wirklicher sozial-ökologischer  
Umbau ist nur gemeinwohlorientiert  
und mit einer Demokratisierung der  
Wirtschaft möglich**

# Mögliche wirtschaftliche Grundsätze

- Gemeinwohlorientierung statt Profitorientierung
- Gemeinwohlorientierte Kooperation statt profitorientierter Konkurrenz
- Ermöglichung/Unterstützung kreativer Spielräume für sozial-ökologische Produktion und Lebensweisen
- Wirtschaftliche Macht darf (regional, national, EU-weit, global) keinen bestimmenden gesellschaftlichen Einfluss bekommen
- Demokratische Entwicklung der sozial-ökologischen Branchenziele und daraus sich ableitende Rahmenplanung, Investitionslenkung
- Umsetzung getroffener Entscheidungen durch Prozesskoordination, kontinuierliche Überprüfung, öffentliche Kontrolle und Diskussion und dementsprechende demokratische Strukturen
- Was regional produziert werden kann, sollte auch dort produziert werden
- Regionale Mindeststrukturen (öffentliche Dienste und Wirtschaft)
- Weltweite Produktion nur noch, wo es von der Produktion und internationaler Arbeitsteilung her notwendig ist

# Fragen zur Demokratisierung der Wirtschaft

- Welche Wirtschaftsbereiche sollen/müssen öffentlich organisiert werden (Öffentliche Dienste - Gemeingüterdefinition)?
- Was kann/soll mit welchen gemeinwohlorientierten Regulierungen privatwirtschaftlich organisiert werden?
- Welche sozial-ökologischen gesamtwirtschaftlichen Ziele und Rahmenbedingungen/Regeln müssen politisch/gesetzlich/vertraglich gesetzt werden?
- Welche demokratischen Strukturen in Branchen , Regionen, Unternehmen braucht es, um die regionalen und branchenspezifischen sozial-ökologische Ziele zu entwickeln und in den Unternehmen umzusetzen?
- Was heißt Demokratisierung der Wirtschaft EU-weit und global?
- An welchen vorhandenen Strukturen kann (umgewandelt) angesetzt werden?

**3.**

# **Demokratisierung der Wirtschaft**

# Historische Bezüge

- Wirtschaftsdemokratische Ansätze in den Länderverfassungen 1946 bis 1948 und im DGB-Grundsatzprogramm 1949
- Lehren aus Weltwirtschaftskrise und Faschismus und der Rolle von Konzernen, Banken und der kapitalistischen Wirtschaftsverfassung dabei
- Kernforderungen:
  - Überführung von Schlüsselindustrien (Energie, Kohle/Stahl, Verkehr, Chemie...), Großbanken und Versicherungen in Gemeineigentum
  - Ausbau des Systems öffentlicher Unternehmen
  - Mitbestimmung in wirtschaftlichen, sozialen, personellen Angelegenheiten in den Unternehmen
  - Investitionsplanung
  - Volkswirtschaftliche Rahmenplanung
  - Wirtschafts- und Sozialräte auf Regional-, Landes-, Bundesebene

# Was soll öffentlich (Gemeingüter), was (in welchem Rahmen) privatwirtschaftlich organisiert werden?

- Öffentliche Dienste
- Systeme der sozialen Sicherung (Rente, Gesundheit, Pflege, Arbeitslosigkeit, Sozialhilfe)
- Bildung + Wissenschaft
- Kultur
- Information - Medien
- Kommunikation

- Wasser
- Energie
- Verkehr
- Wohnen
- Banken/Versicherungen
- Chemie
- und  
.....????

# Vorhandene (Mitbestimmungs-)Strukturen im Betrieb/Unternehmen (1)

- **Betriebliche Interessenvertretung:**  
**Betriebsräte** (Privatwirtschaft), **Personalräte** (öffentlicher Dienst), **Mitarbeitervertretungen** (Kirchliche Einrichtungen – Kirchenrecht):  
**Mitbestimmungsrechte** nur in sozialen Angelegenheiten (Arbeitszeit-, Arbeitsbedingungen...) – **Arbeitskampfverbot** – **Verpflichtung auf Wohl des Betriebes/Unternehmens**
- **Gewerkschaft im Betrieb (Betriebsgruppen/Vertrauensleute):**  
Betriebliche Aktionen zu betrieblichen, tariflichen (Streik), politischen Auseinandersetzungen
- **Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte usw.:**  
Vorschlagsrechte – Durchsetzung in Zusammenarbeit mit Betriebsrat...
- **Umweltbeauftragte:**  
Betriebliches Umweltmanagement – Vorschläge im Rahmen der Gesetze (Audit) – Zusammenarbeit mit Organisationen in diesem Rahmen (z. B. TÜV)

**Keine wirkliche Mitbestimmung/betriebliche Demokratie bei den sozialen Unternehmensentscheidungen und der ökologischen Ausrichtung des Unternehmens**

# Vorhandene Mitbestimmungsstrukturen im Betrieb/Unternehmen (2)

## Aufsichtsrat (3 Varianten):

**Lt. Mitbestimmungsgesetz** für AGs, GmbHs, Genossenschaften mit über 2000 Beschäftigten: gleiche Zahl von Kapital- und Arbeitnehmervertreter – Vorsitzender (Kapitalvertreter) hat doppeltes Stimmrecht

**Montanmitbestimmung** (eisen-, stahlerzeugende Industrie, Bergbau) – Unternehmen mit mehr als 1000 Beschäftigten: je 5 Kapital- und Arbeitnehmervertreter – plus ein vom Aufsichtsrat bestimmtes Mitglied

**Drittelbeteiligung lt. Mitbestimmungsergänzungsgesetz**(Unternehmen von 500 bis 2000 Beschäftigte): 2/3 Kapitalvertreter – 1/3 AN-Vertreter

## Aufgaben:

Überwachung der Geschäftsführung des Vorstandes (Möglichkeit: Bestimmte Arten von Geschäften nur mit Zustimmung des AR), Bestellung der Vorstandsmitglieder, Prüfung der Jahresabschlüsse

**Keine wirkliche Mitbestimmung bei den Richtungsentscheidungen des Unternehmens**



# Elemente der Wirtschaftsdemokratie in Betrieben/Unternehmen 1

- **Gemeinwohlorientierte Unternehmensformen als politisch zu setzende Rahmenbedingungen**  
Gemeinwohlorientierte Unternehmensformen und Betriebsverfassung: Abschaffung von Kapitalgesellschaften (AGs und GmbHs), Vergesellschaftung großer Unternehmen, genossenschaftliche Formen, öffentliche Unternehmen, Rahmen für privatwirtschaftliche (kleinere) Unternehmen
- **Vergesellschaftung größerer Unternehmen: Belegschaftsanteile und Gesellschaftsanteile der Region**
- **Politisch gesetzte, für alle Unternehmen geltende sozial-ökologische Unternehmensziele und branchenspezifische Gemeinwohlziele als Umsetzungsauftrag**
- **Entsprechender Ziele und Kriterienkatalog für jedes einzelne Unternehmen**

# Elemente der Wirtschaftsdemokratie in Betrieben/Unternehmen 2

## Gemeinwohlorientierte demokratische Betriebsverfassung

- **Belegschaft zum Träger der Umsetzung**  
der branchenspezifischen und regionalen gemeinwohlorientierten und sozialen-ökologischen Unternehmensziele **machen**
- **Betriebsräte:**  
Volle Informations- und wirtschaftliche Mitbestimmungsrechte
- **Mitbestimmung der Belegschaft:**  
Volle Informationsrechte - Entscheidungsbefugnis in zentralen Wirtschaftsentscheidungen (z. B. Investitionen)
- **Anzeigerechte der Beschäftigten ohne Maßregelungen:**  
z. B. Soziale und ökologische „Anzeigerechte“
- **Rolle der Gewerkschaften in den Betrieben:**  
Unterstützung der Beschäftigten und Betriebsräte mit eigenen betrieblichen Strukturen (Betriebsgruppen) – Gemeinwohlqualifizierung der Beschäftigten – (Mit-)Kontrolle der Umsetzung der branchenspezifischen tariflichen und sozial-ökologischen Ziele

# Vorhandene Strukturen in den Branchen

| Gewerkschaften   | Arbeitgeberverbände   | Politik (Regierung / Parlament/Parteien)   | Sozialverbände/ NGOs/Wissenschaft  |
|--|---|--|--|
| <p><b>Branchenpolitische Interessenvertretung der abh. Beschäftigten</b> gegenüber Kapital, Politik, Öffentlichkeit<br/> <b>Durchsetzungsmittel:</b> Vorschläge, Öffentlichkeitsarbeit, Aktionen, <u>Demos.....</u></p> <p><b>Tarifvertragliche branchen-/unternehmensbezogene Regelung</b> der Einkommens- und Arbeitsbedingungen<br/> <b>Durchsetzungsmittel:</b> Aktionen, Streik</p> | <p><b>Interessenvertretung der Unternehmen gegenüber Gewerkschaften (tariflich) und Politik</b> (Sozial-, Arbeitsmarkt-, Branchen-, Gesellschaftspolitik)</p> <p><b>Durchsetzungsmittel:</b> Aussperrung, Einflussapparat (Think-Tanks, Medien usw.), Lobbyarbeit, Korruption, Einsatz wirtschaftlicher Macht/Macht der (Branchen-)Konzerne</p> | <p><b>Soziale und ökologische politische/gesetzliche Rahmenbedingungen</b></p> <p><b>Politik/Gesetze</b><br/> <b>Ergebnis der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit/ sozialen Bewegungen</b></p> | <p><b>Vertretung der in der Gesellschaft vorhandenen sozialen und ökologischen Interessen</b></p> <p><b>Durchsetzungsmittel:</b> Stellungnahmen, Vorschläge, Aktionen, Demos, ziviler Ungehorsam</p> |

**Keine demokratische Steuerung der Branchenpolitik – Dominanz der Kapital-/ Profitinteressen**

# Elemente der Wirtschaftsdemokratie in den Branchen

- **Nationale Vergesellschaftung/Entflechtung der branchenbestimmenden Konzerne**
- **Branchenräte:**
  - ⇒ Aufgabe: Bestimmung der sozial-ökologisch-gemeinwohlorientierten Branchenziele, Branchenentwicklung, Branchenrahmenplanung
  - ⇒ Zusammensetzung: Gewählte Unternehmensvertreter (einschließlich Kleinunternehmen – UN-Verband?/Kammern?) – Politik (zuständiges Ministerium usw.) – Gewerkschaften – Sozialverbände - branchenspezifische Wissenschaft – branchenspezifische Ökologische NGOs/Initiativen)
- **Prozessorientierte Umsetzungs- und Kontrollstrukturen**
- **Branchenfonds zur Finanzierung übergreifender Aufgaben (z. B. Ausbildung, Unterstützung bei notwendigen Umstrukturierungen....)**
- **Allgemeinverbindliche Tarifverträge (Umbautarifverträge)**

# Wirtschaftsdemokratie und Staat

Setzen grundgesetzlicher/gesetzlicher Rahmenbedingungen für die Wirtschaft (Verfassungsgebende Versammlung – Volksabstimmung)

- Welcher Begriff?: Sozial-ökologisch-gemeinwohlorientierte Marktwirtschaft
- Wirtschaftliche Grundsätze (z. B.: Gemeinwohlorientierung der Wirtschaft, Wirtschaft muss der Gesellschaft dienen, Rolle von Markt und Wettbewerb, .....)
- Wirtschaftliche Ziele: Grundsätzliche soziale und ökologische Zielsetzungen der Wirtschaft, die für alle Unternehmen gelten
- Eckpunkte der Demokratie und der Strukturen in der Wirtschaft
- Ziele/Eckpunkte der regionalen Strukturentwicklung/ Strukturpolitik

# Vorhandene Strukturen in den Regionen

| Gewerkschaften  | Politik (Städte/<br>Kreise/Regionalverbände/Parteien)   | Industrie- und Handelskammern/regionale Unternehmen   | Sozialverbände/<br>Wissenschaft/<br>NGOs/Initiativen   |
|---|---|---|--|
| <p><b>Regionale Interessenvertretung der abhängig Beschäftigten</b><br/>gegenüber Kapital, Politik und Öffentlichkeit</p> <p><b>Durchsetzungsmittel:</b><br/>Vorschläge, Öffentlichkeitsarbeit<br/>Aktionen</p> | <p><b>Soziale und ökologische politische Rahmenbedingungen im Rahmen der Gesetze und kommunalen Selbstverwaltung</b></p> <p><b>Regionale Politik Ergebnis der regionalen gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit/ sozialen Bewegungen</b></p> | <p><b>Regionale Interessenvertretung der Wirtschaft/ spezifischen Unternehmensinteressen</b> gegenüber Politik und Öffentlichkeit in den Bereichen: Standortpolitik, Steuern, Unternehmensförderung, Aus- und Weiterbildung, Infrastruktur, Innovation/ Umwelt...</p> <p><b>Durchsetzungsmittel:</b><br/>Stellungnahmen, Medien, Parteien, wirtschaftliche Macht (Abhängigkeit)</p> | <p><b>Vertretung der in der Gesellschaft vorhandenen sozialen und ökologischen Interessen</b></p> <p><b>Durchsetzungsmittel:</b><br/>Stellungnahmen/ Vorschläge, Aktionen, Demos, ziviler Ungehorsam</p> |

**Abhängigkeit der Regionalpolitik von den regionalen Wirtschaftsinteressen/Wirtschaftsmacht**

# Elemente der Wirtschaftsdemokratie in der Region

- Politische Eckpunkte regionaler Strukturen, Strukturpolitik und –entwicklung als Rahmen
- Regionale WSÖ-Räte (Wirtschafts-, Sozial-, Ökologieräte)
- Entsprechende Zusammensetzung (Unternehmen, Vertreter der Städte/Kommunen, Gewerkschaften, Sozialverbände, Vertreter aus ökologischen Organisationen, Bildung .....)
- Verzahnung mit regional wichtigen Unternehmen
- Gestaltung der kommunalen und Stadtteilstrukturen durch Mitmachstrukturen und Kommunal- und Stadtteilräte

# EU

- Welcher Begriff?: Europäische sozial-ökologische-gemeinwohlorientierte Marktwirtschaft
- Entwicklung der europäischen sozial-ökologisch-gemeinwohlorientierten Branchenziele von den Regionen/ Nationalstaaten her (statt von der Kommission in Zusammenarbeit mit den Konzernen)
- Ausgehend von den nationalen Strukturen + für alle Nationalstaaten verwirklichtbar: Demokratische branchenspezifische Wirtschaftsstrukturen für Europa: Europäische Branchenräte – europäische gemeinwohlorientierte Unternehmensformen – Betriebsverfassung
- Welche vorhandenen europäischen Strukturen (z. B. Kommissionsstrukturen) können umgewandelt genutzt werden?
- Eckpunkte eines sozial-ökologisch-gemeinwohlorientierten europäischen Binnenmarktes und der Verfassung einer demokratisch-sozialen-ökologischen europäischen Union von Nationalstaaten als politischen Rahmen ableiten



# Global: Solidarische Ökonomie statt Weltmarktkonkurrenz

- Umsetzung des Grundsatzes: Was regional (regional spezifisch) produziert werden kann, muss regional sozial-ökologisch produziert werden
- Klären, welche Produkte und Produktionsprozesse in internationaler Arbeitsteilung sinnvoll oder nur so machbar sind
- Starke Regulierung des Weltmarktes mit abgestimmten sozial-ökologischen Grundsätzen/Rechten, Planungselementen und regionalen wirtschaftsdemokratischen Strukturen
- Grundsätze des sozial-ökologisch-Wirtschaftens und der solidarischen Ökonomie weltweit verabreden (UN, Abkommen...) und national wirtschaftsdemokratisch kontrollieren

## Ansatzpunkte/Wege

- Branchenspezifische soziale und ökologische Zuspitzung der Widersprüche, zerstörerische Rolle der Konzerne, Banken, Investoren, mit ihnen verbundenen Politik darin - sich daraus ergebende Notwendigkeit der branchenspezifischen sozial-ökologischen Umgestaltung
- Öko-soziale Initiativen/Organisationen/Bewegung und Gewerkschaften zusammenbringen und für jede Branche spezifisch „durchdeklinieren“, um welche Ziele/Eckpunkte es geht, welche Strukturen dies braucht und Umgestaltungsszenarien entwickeln
- So begründen/fordern, dass dies nur mit einer Demokratisierung der Wirtschaft möglich sein wird, wie diese – ansetzend an den vorhandenen Strukturen – aussehen könnte (national, EU-weit, global)
- Dies in die aktuellen Auseinandersetzungen einbringen/damit verbinden - vorhandene, bisher parallele Ansätze vernetzen
- Parteiübergreifend UnterstützerInnen im politischen Raum gewinnen

# Vernetzung vorhandener alternativer Ansätze

